



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landeskriminalamt

bürgerorientiert · professionell · rechtsstaatlich



Finanzermittlungen in NRW

Lagebild 2013

Kriminalitätsentwicklung im Überblick

Finanzermittlungen

Verdachtsmeldungen

- Im Jahr 2013 ist mit 3.887 Verdachtsmeldungen ein Höchststand zu verzeichnen.
- Kreditinstitute übersendeten auch 2013 die meisten Verdachtsmeldungen.

Vermögenssicherung

- Die durch die Polizei NRW gesicherte Summe an Vermögenswerten näherte sich im Jahr 2013 mit 42,3 Mill. € dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre an.
- Die Zahl der Verfahren mit Sicherung von Vermögenswerten stieg im Jahr 2013 erstmals seit 2010 wieder an.

	2012	2013	Änderung	
Geldwäschebekämpfung				
Verdachtsmeldungen	2.843	3.887	+ 37 %	➔
erkannte Straftaten	1.481	1.877	+ 27 %	➔
Vermögenssicherung				
Sicherungsergebnis aller Polizeibehörden (Angabe in Mill. €)	37,1	42,3	+ 14 %	➔
Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen	740	825	+ 11 %	➔

Inhalt

1	Lagedarstellung	3
1.1	Vorbemerkungen	3
1.2	Verdachtsmeldungen	4
1.3	Vermögenssicherung	6
2	Entwicklungen	8
2.1	Verdachtsmeldungen	8
2.1.1	Finanzsektor	8
2.1.2	Nichtfinanzsektor	8
2.2	Vermögenssicherung	8
3	Gesetzesnovellierungen	8
3.1	Novellierung des Geldwäschegesetzes	8
3.2	Vierte EU-Geldwäscherichtlinie	9
	Anlagen	10
	Anlage 1 Tabellen Verdachtsmeldungen	10
	Anlage 2 Tabellen Vermögenssicherung	14
	Anlage 3 Sachverhaltsdarstellungen.....	20

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

Abb. 1:	Aufkommen der Verdachtsmeldungen	4
Abb. 2:	Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge.....	5
Abb. 3:	Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft	5
Abb. 4:	Sicherungssummen und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW.....	6
Abb. 5:	Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte	7

Tabellen

Tabelle 1:	Eingangszahlen Verdachtsmeldungen.....	10
Tabelle 2:	Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen	10
Tabelle 3:	Ermittlungsergebnisse.....	11
Tabelle 4:	Erstatter von Verdachtsmeldungen	12
Tabelle 5:	Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 4.....	13
Tabelle 6:	Sicherungssummen der Polizei NRW	14
Tabelle 7:	Sicherungssummen der Polizeipräsidien	15
Tabelle 8:	Sicherungssummen der Landratsbehörden	16
Tabelle 9:	Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht.....	17
Tabelle 10:	Sicherungssummen nach Sicherungszweck.....	18
Tabelle 11:	Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte	18
Tabelle 12:	Sonderfälle	19

1 Lagedarstellung

1.1 Vorbemerkungen

Das vorliegende Lagebild bietet Kerninformationen zum Stand und zur Entwicklung der Finanzermittlungen in Nordrhein-Westfalen. Es wird dabei zwischen den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen und der Vermögenssicherung als Teilbereich der verfahrensintegrierten Finanzermittlungen differenziert.

Verfahrensunabhängige Finanzermittlungen dienen der Erforschung von verdachtsbegründenden Sachverhalten, die sich zum Beispiel aus Finanztransaktionen oder auffälligem Finanzgebaren ergeben, ohne dass bereits eine Straftat erkennbar zugeordnet werden kann.¹ Dies geschieht im Zusammenspiel der Ermittlungsbehörden mit den Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes (GwG).² Ergänzend besteht eine Meldepflicht für Behörden der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder.³

Mit der Novellierung des Geldwäschegesetzes vom 29. Dezember 2011 hat der Gesetzgeber durch den Wechsel des Begriffs „Verdachtsanzeige“ zu „Verdachtsmeldung“ verdeutlicht, dass die Schwelle, eine Verdachtsmeldung zu erstatten, unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts im Sinne des § 152 Strafprozessordnung (StPO) liegt. Diese Verdachtsmeldungen haben Hinweischarakter, aus dem sich erst durch ergänzende polizeiliche Bewertungen ein Tatverdacht zur Einleitung eines Strafverfahrens begründen kann.

Daher erfüllen Verdachtsmeldungen grundsätzlich nicht die Erfassungskriterien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Geldwäscheverfahren. Dies erklärt die Differenz zwischen den Zahlen der PKS und denen des vorliegenden Lagebildes.

Im Unterschied zu verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen sind verfahrensintegrierte Finanzermittlungen Bestandteil laufender Ermittlungsverfahren. Sie dienen in bereits anhängigen Strafverfahren

- der Feststellung von Finanzbeziehungen, die Beweisrelevanz für Tat- und/oder Täterzusammenhänge haben,
- der Feststellung des durch diese oder andere Straftaten erlangten Vermögens und der Ermittlung von Möglichkeiten zu dessen Abschöpfung,
- der Sicherung entsprechender Vermögenswerte, um Anordnung des Verfalls, der Einziehung oder des Wertersatzes durch das Gericht zu ermöglichen,
- der Feststellung von Umständen, die für die Verhängung von Vermögens- oder Geldstrafen von Bedeutung sind und der Sicherung von hierfür geeigneten Vermögenswerten,
- der Feststellung von Umständen, die neben einem Strafverfahren die Einleitung von Maßnahmen zur Rückführung vorenthaltener, gesetzlich vorgeschriebener Abgaben gebieten,
- der Feststellung und - wenn möglich - der Sicherung von Vermögenswerten zum Zwecke der Rückgewinnungshilfe für durch die Tat verletzte Personen,
- in geeigneten Fällen dem Schutz privater Rechte durch polizeirechtliche Maßnahmen.⁴

Die in diesem Lagebild dargestellten Ergebnisse zu den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen basieren auf der Auswertung der Verdachtsmeldungen, die beim Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) eingegangen sind. Die Daten zu den verfahrensintegrierten Finanzermittlungen resultieren aus den Zahlen, welche die Kreispolizeibehörden an das LKA NRW gemeldet haben. Klammerwerte im Text sind, sofern nicht anders angegeben, die Vergleichswerte des Vorjahres.

¹ Vgl. Richtlinie über polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Finanzermittlungen zur Abschöpfung kriminell erlangten Vermögens und zur Bekämpfung der Geldwäsche sowie zur Aufklärung anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung (Finanzermittlungsrichtlinien – FERL). Gem. RdErl. d. des Innenministeriums -42.2 - 6537, d. Finanzministeriums -S -0750 -10-VA 1 u. d. Justizministeriums - 4000 - III A. 155, v. 06.03.2002.

² Vgl. § 2 Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG).

³ Vgl. § 31b Abgabenordnung (AO) und § 12a Zollverwaltungsgesetz (ZollVG).

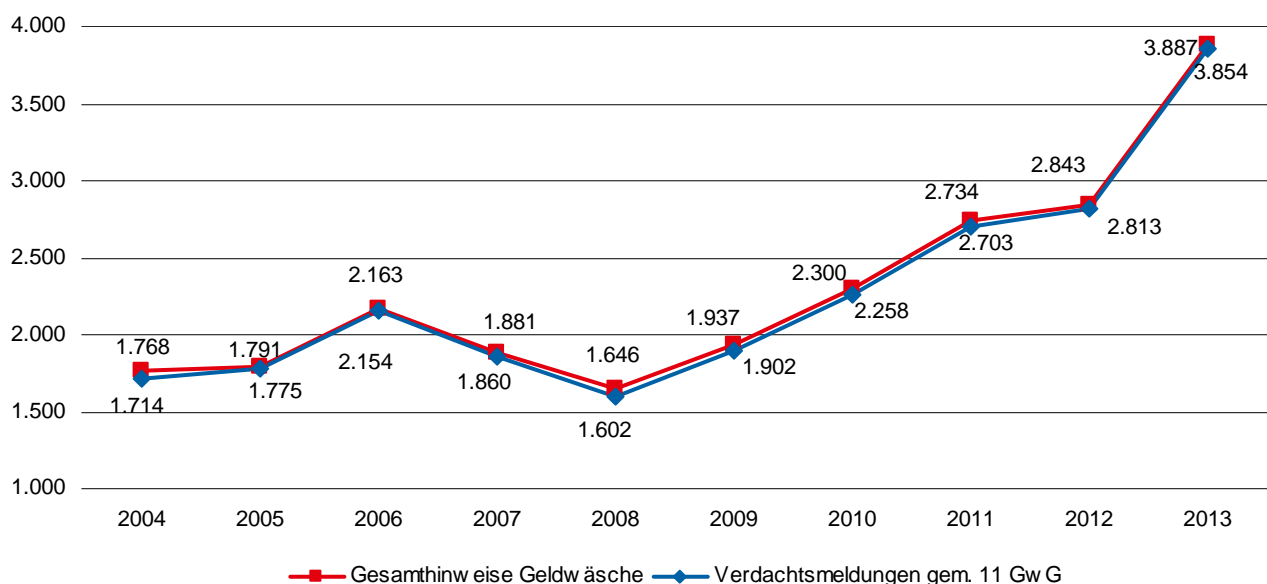
⁴ Vgl. Fußnote 1.

1.2 Verdachtsmeldungen

Im Jahr 2013 erfasste das LKA NRW insgesamt 3.887 Verdachtsmeldungen (2.843). Seit 2008 ist eine kontinuierliche Steigerung der Anzahl der Verdachtsmeldungen festzustellen. Der Wert liegt im Langzeitvergleich um 69 % über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre mit 2.295.

Die Steigerung begründet sich fast ausschließlich aus den 3.854 Hinweisen (2.813) der Verpflichteten nach dem GwG. Von den restlichen 33 Verdachtsmeldungen (30) übermittelten die Finanzbehörden der Länder auf Grundlage der Abgabenordnung 15 Meldungen (19). Die Bargeldkontrollen der Zollbehörden führten zu 14 Verdachtsmeldungen (5). Vier Verdachtsmeldungen übersandten inländische Strafverfolgungsbehörden (6).

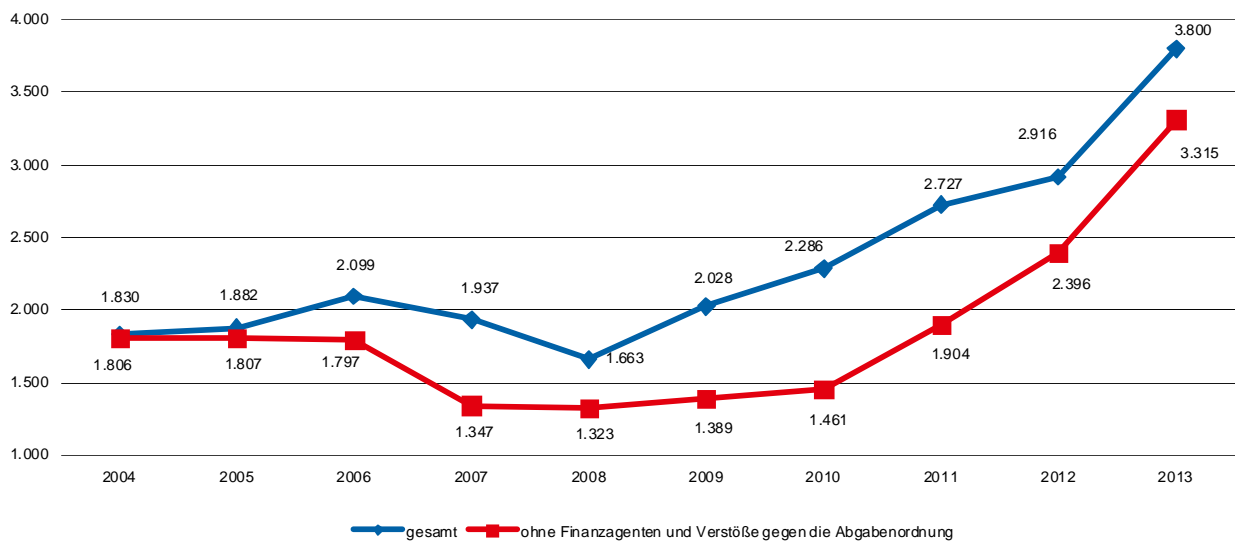
Abb. 1: Aufkommen der Verdachtsmeldungen



Nicht jede Verdachtsmeldung kann im Meldejahr abschließend bearbeitet werden. Ergänzt um solche Sachverhalte aus dem Jahr 2012, bearbeiteten die Finanzermittler des LKA NRW im abgelaufenen Jahr 4.003 Verdachtsmeldungen (3.032) und übersandten in 3.800 Fällen (2.916) einen Abschlussbericht an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Bei 1.877 Verdachtsmeldungen (1.481) stellten die Ermittler den Anfangsverdacht einer Straftat fest. Dies entspricht einem Anteil von 49,4 % (50,8 %). In 918 Fällen (648) ergab sich der Verdacht einer Betrugstat, in 579 Fällen (472) der Verdacht einer Geldwäschehandlung. Von diesen Geldwäschehandlungen wiesen 488 (400) Bezüge zu einer Finanzagententätigkeit auf. Bei 100 Verdachtsmeldungen (120) fanden die Ermittler Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen die Abgabenordnung. Hier erfolgte die weitere Bearbeitung durch die zuständigen Finanzbehörden.

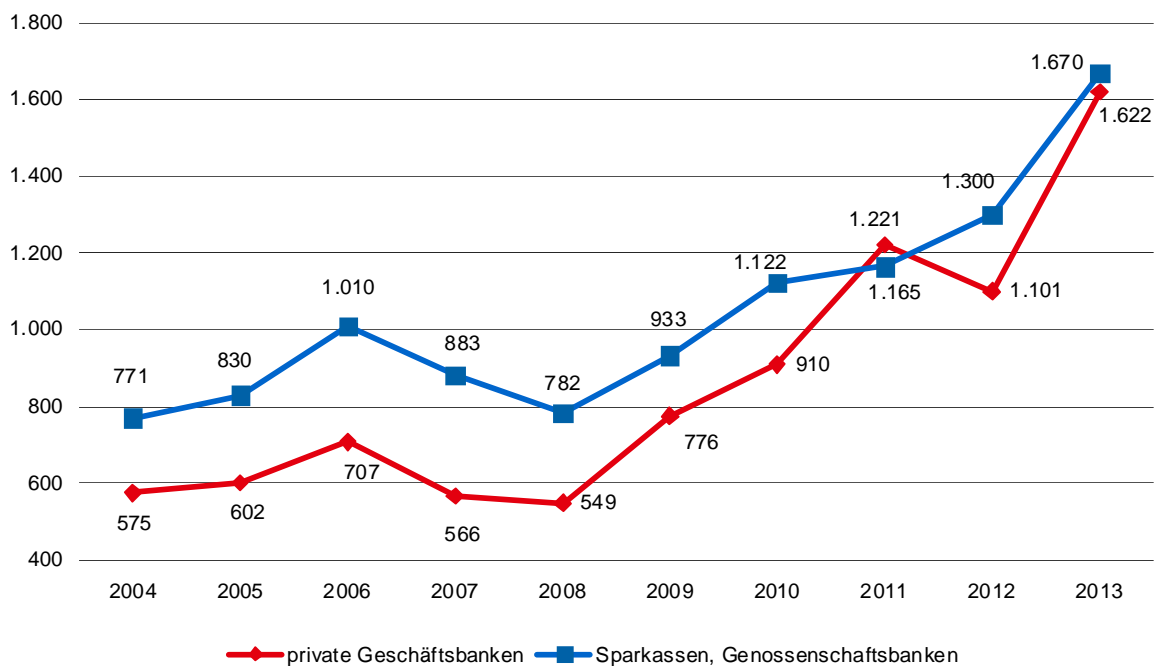
Abb. 2: Anzahl der abgeschlossenen Vorgänge



Den Kreis der Verpflichteten unterteilt § 2 Abs. 1 GwG nach der Art des Geschäftsfeldes oder Berufes in 13 Bereiche: 85,4 % der Verdachtsmeldungen (85,1 %) entfielen im Jahr 2013 auf die Kreditinstitute und 10,9 % auf Finanzdienstleistungsinstitute (11,7 %).

Im Bereich der Kreditinstitute übermittelten Sparkassen und Genossenschaftsbanken 1.622 (1.101) und private Geschäftsbanken 1.670 (1.300) Verdachtsmeldungen. Im Vergleich zu 2004 betrug die Zunahme bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken 117 % und bei den privaten Geschäftsbanken 182 %.

Abb. 3: Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft

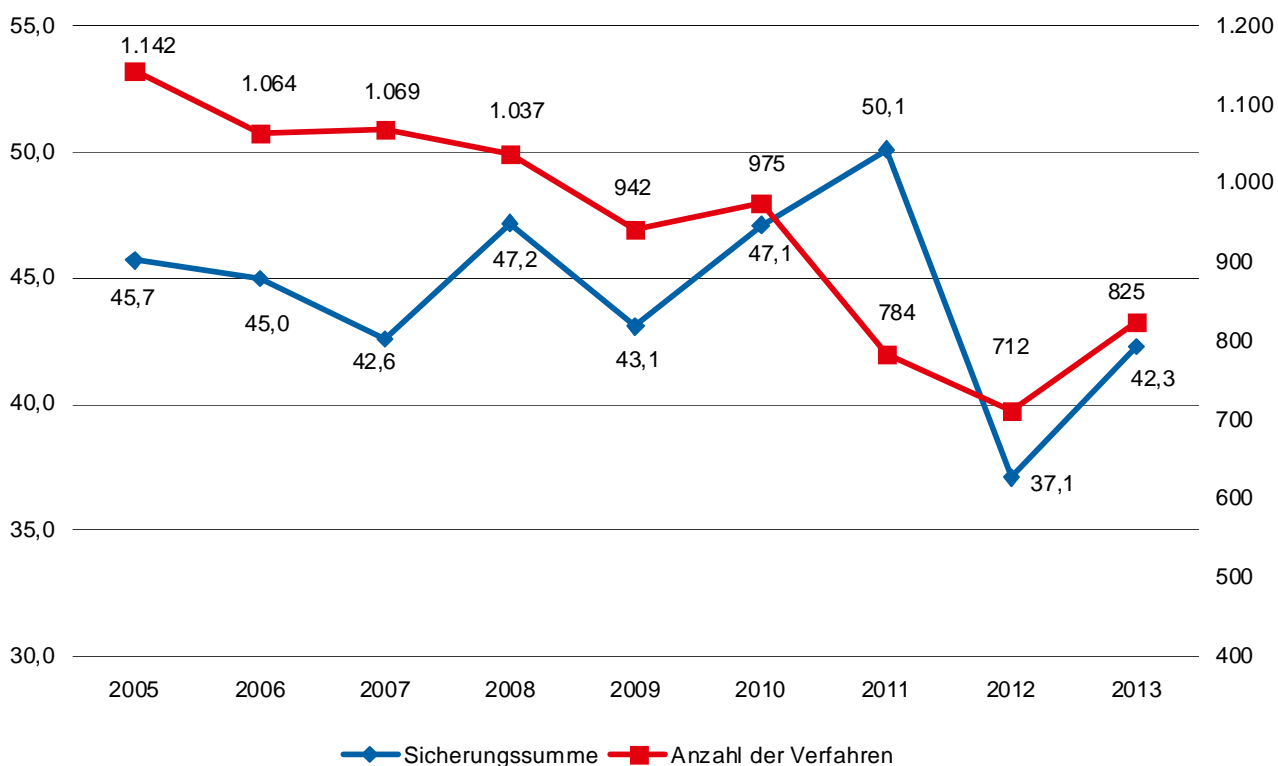


1.3 Vermögenssicherung

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sicherten im Jahr 2013 42,3 Mill. € (37,1 Mill. €). Die Sicherungen erfolgten in 825 Verfahren (740).

Die Gesamtsummen setzen sich aus den Ergebnissen der Polizeipräsidien mit 21 Mill. € bei 492 Verfahren (27 Mill. €, 466 Verfahren), der Landratsbehörden mit 4,8 Mill. € bei 289 Verfahren (4,9 Mill. €, 246 Verfahren) sowie des LKA NRW mit 16,5 Mill. € bei 44 Verfahren (5,2 Mill. €, 28 Verfahren) zusammen.

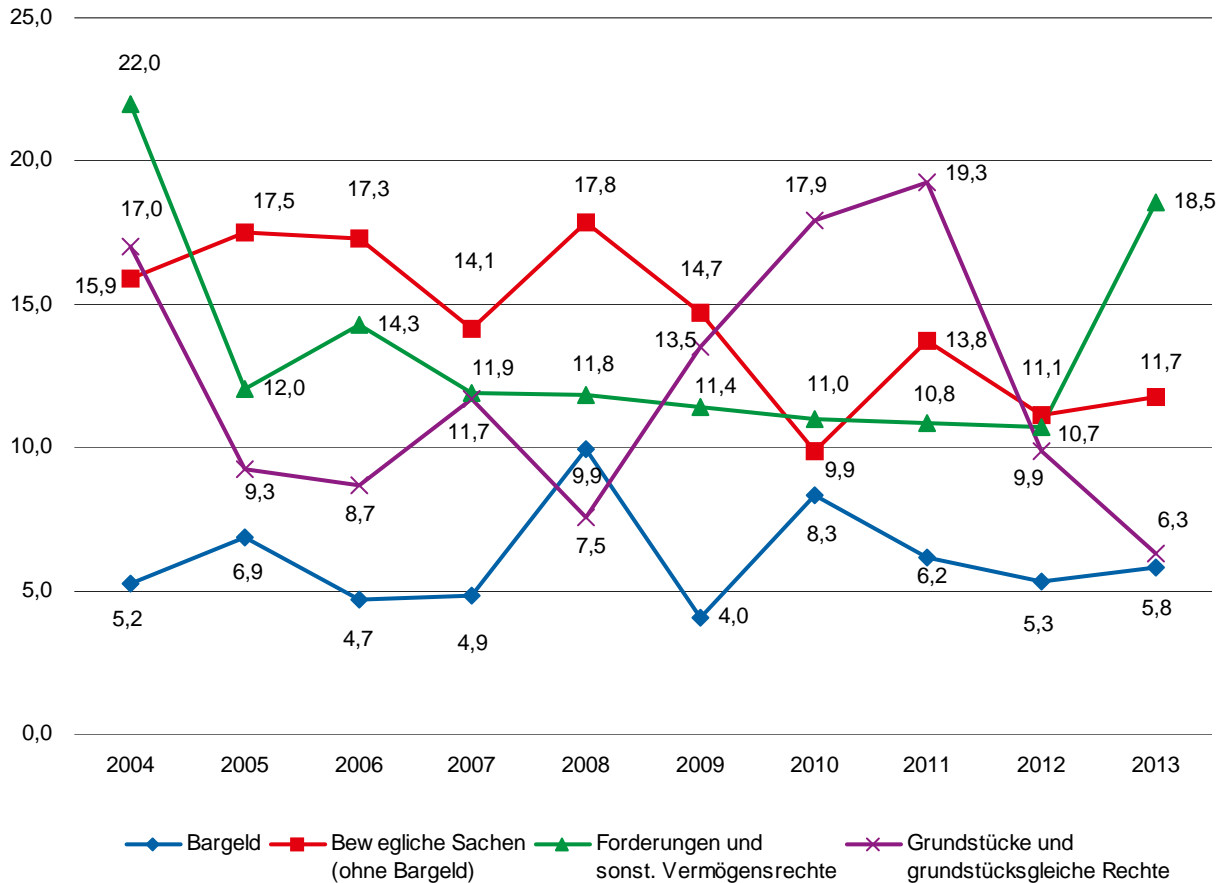
Abb. 4: Sicherungssummen (in Mill. €) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)



Unterteilt nach der Art des Sicherungszwecks entfielen 32,7 Mill. € (30 Mill. €) auf die Rückgewinnungshilfe, 9,3 Mill. € (6,8 Mill. €) auf den Bereich Verfall/Einziehung sowie 0,3 Mill. € (0,3 Mill. €) auf Sicherstellungen nach dem Polizeigesetz NRW (PoIG NRW).

Eine weitere Unterscheidung betrifft die Art der gesicherten Vermögenswerte. Die Finanzermittler sicherten im abgelaufenen Jahr bewegliche Sachen im Wert von 11,7 Mill. € (11,1 Mill. €), Forderungen und sonstige Vermögensrechte im Wert von 18,5 Mill. € (10,7 Mill. €), Grundstücke und Immobilien im Wert von 6,3 Mill. € (9,9 Mill. €) sowie Bargeld in Höhe von 5,8 Mill. € (5,3 Mill. €).

Abb. 5: Sicherungssummen (in Mill. €) nach Art der Vermögenswerte



Seit dem Jahr 2007 erfasst die Statistik im Hinblick auf Vermögenssicherungen sogenannte Sonderfälle. Hierbei handelt es sich um Sachverhalte, in denen die Finanzermittler der Polizei NRW Vermögensermittlungen durchführten, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (z. B. Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgte. In 2013 sicherten diese 14,5 Mill. € in zehn Verfahren (1,8 Mill. €, 10 Verfahren) auf der Grundlage polizeilicher Feststellungen.

2 Entwicklungen

2.1 Verdachtsmeldungen

2.1.1 Finanzsektor

Von 2008 bis 2011 stieg die Anzahl der Verdachtsmeldungen jährlich um circa 20 %. Nach einem kurzen Abflachen dieser Steigerungsrate im Jahr 2012 (4 %) verzeichnete das LKA NRW im Jahr 2013 einen Anstieg um 37 %.

Für diesen starken Zuwachs sind in erster Linie zwei eng miteinander verknüpfte Aspekte ausschlaggebend. Zum einen verdeutlichte der Gesetzgeber im November 2011, dass die Verdachtsschwelle zur Verpflichtung der Erstattung einer Verdachtsmeldung unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts liegt.⁵ Zum anderen verstärkte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) den Kontrolldruck auf die Kreditinstitute, ihren Verpflichtungen nach dem GwG und Kreditwesengesetz (KWG) nachzukommen.⁶

2.1.2 Nichtfinanzsektor

Die Verdachtsmeldungen aus dem Nichtfinanzsektor (z. B. Händler hochwertiger Güter, Makler) spielen im Vergleich zu den Meldungen aus dem Finanzsektor immer noch eine untergeordnete Rolle. In den Jahren 2004 bis 2011 übersandte diese Gruppe jährlich zwischen neun und zwölf Sachverhalte. 2012 war ein Anstieg auf 20, 2013 auf 61 Verdachtsmeldungen festzustellen.

Die Kontrolle der Verpflichteten aus dem Nichtfinanzsektor im Hinblick auf die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten fällt in die Zuständigkeit der Länder. In NRW sind seit dem 1. Januar 2014 die Bezirksregierungen als Aufsichtsbehörden zuständig.⁷ Bereits 2013 begannen die Interessenverbände, ihre Mitglieder für ihre Rolle und Aufgaben bei der Bekämpfung der Geldwäsche und der Verhinderung der Terrorismusfinanzierung zu sensibilisieren. Vertreter des LKA NRW unterstützten Initiativen und Veranstaltungen des Immobilienverbandes Deutschland (IVD), der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, der Westdeutschen Spielbanken GmbH & Co. KG, des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW, des Arbeitskreises Geldwäsche der Wirtschaftsprüfer sowie der Bezirksregierungen in Form von Beratungs- und Vortragsleistungen.

2.2 Vermögenssicherung

Die Sicherungssummen der Kreispolizeibehörden lagen 2013 bei 25,8 Mill. € (31,9 Mill. €). Gleichzeitig ist die Anzahl der Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen auf 781 (712) gestiegen.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW) hat das LKA NRW beauftragt, in einer landesweiten Arbeitsgruppe Organisation, Prozesse und Personalbedarf zur Durchführung polizeilicher Finanzermittlungen der Kreispolizeibehörden zu erheben, zu bewerten und Optimierungsmöglichkeiten vorzuschlagen.⁸

3 Gesetzesnovellierungen

3.1 Novellierung des Geldwäschegesetzes

Am 18. Februar 2013 trat eine Novellierung des Geldwäschegesetzes in Kraft. Jetzt zählen auch Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen im Internet zum Verpflichtetenkreis.⁹ Die Veranstalter haben entsprechende Sorgfaltspflichten in ihrem Unternehmen zu erfüllen, um neben ihrer Identifizierungspflicht

⁵ Vgl. 1.1 Vorbemerkungen dieses Lagebildes.

⁶ Vgl. § 25g ff. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG).

⁷ Vgl. § 16 Abs. 2 Nr. 9 GwG i. V. m. § 8 Abs. 3 des Landesorganisationsgesetzes (LOG) i. V. m. § 2 Abs. 1 Gewerberechtsverordnung NRW (GewRV).

⁸ Vgl. Erlass des MIK NRW vom 10.06.2013 „Evaluierung polizeilicher Finanzermittlungen“.

⁹ Vgl. § 2 Abs. 1 Nr. 12 GwG.

auch den Meldepflichten bei entsprechenden Verdachtsfällen im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nachzukommen.¹⁰

3.2 Vierte EU-Geldwäscherichtlinie

Die Kommission der Europäischen Union beschloss im Jahre 2012, den bestehenden EU-Rechtsrahmen für Geldwäschebekämpfung zu aktualisieren. Der im Februar 2013 veröffentlichte Entwurf der vierten EU-Geldwäscherichtlinie sieht vor, die bisherigen Regelungen an einigen Stellen zu verschärfen. Der Schwerpunkt liegt auf der Ermittlung und Bewertung individueller Risiken bei Finanztransaktionen und Geschäftsbeziehungen. Zusätzlich ist die Erstellung nationaler Risikoanalysen geplant.¹¹

¹⁰ Vgl. § 9a ff. GwG.

¹¹ Vgl. Vorschlag für eine Richtlinie des europäischen Parlamentes und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, Straßburg, den 5.2.2013, COM (2013) 45 final, 2013/0025 (COD).

Anlagen

Anlage 1 Tabellen Verdachtsmeldungen

Tabelle 1: Eingangszahlen Verdachtsmeldungen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verdachtsmeldungen gem. § 11 Gw G	1.714	1.775	2.154	1.860	1.602	1.902	2.258	2.703	2.813	3.854
Verdachtsmeldungen gem. § 31b AO	16	2	1	14	31	20	28	18	19	15
Bargeldkontrollen gem. § 12a ZollVG	18	12	7	7	7	8	12	10	5	14
sonstige Geldwäscheinweise	20	2	1	-	6	7	2	3	6	4
Gesamthinweise Geldwäsche	1.768	1.791	2.163	1.881	1.646	1.937	2.300	2.734	2.843	3.887

Tabelle 2: Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamthinweise Geldwäsche	1.768	1.791	2.163	1.881	1.646	1.937	2.300	2.734	2.843	3.887
Überhang aus dem Vorjahr	421	359	268	332	276	259	168	182	189	116
bearbeitete Gesamthinweise	2.189	2.150	2.431	2.213	1.922	2.196	2.468	2.916	3.032	4.003
davon:										
nicht abgeschlossen	359	268	332	276	259	168	182	189	116	203
abgeschlossen	1.830	1.882	2.099	1.937	1.663	2.028	2.286	2.727	2.916	3.800

Tabelle 3: Ermittlungsergebnisse

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verfahren abgeschlossen	1.830	1.882	2.099	1.937	1.663	2.028	2.286	2.727	2.916	3.800
Einstellungsvorschlag an StA	1.291	1.386	1.281	848	834	817	756	1.094	1.435	1.923
Grund:										
kein hinreichender Tatverdacht	1.240	1.344	1.234	801	765	763	693	1.056	1.401	1.877
keine Straftat	51	42	47	47	69	54	63	38	34	46
Verdacht einer Straftat	539	496	818	1.089	829	1.211	1.530	1.633	1.481	1.877
Delikt:										
Geldw äsche	3	31	251	462	204	500	667	719	472	579
<i>davon Finanzagenten</i>	x	16	223	436	170	425	550	631	400	488
Betrug	350	280	352	291	285	367	443	582	648	918
Verstoß gg. Abgabenordnung	24	59	79	154	170	214	275	192	120	100
Insolvenzdelikt	7	6	15	17	33	30	20	16	30	39
Verstoß gg. BtMG	39	26	18	34	32	18	18	28	30	36
Verstoß gg. Arzneimittelgesetz	x	x	x	-	3	-	5	5	9	16
Urkundenfälschung	36	31	27	25	21	15	10	17	35	41
Untreue	12	8	9	22	13	11	21	14	21	20
unerlaubtes Glücksspiel	3	2	3	5	4	10	2	2	-	3
Diebstahl	8	6	6	6	4	4	10	7	16	10
Hehlerei	7	11	5	7	9	1	3	4	6	11
illegale Beschäftigung	x	x	x	1	4	3	7	3	5	6
Staatsschutzdelikt	5	5	2	12	4	5	6	8	14	8
sonstige Delikte	45	31	51	53	43	33	43	36	75	90

X = Wert wurde nicht erhoben; - = aus diesem Bereich lagen keine Taten vor

Tabelle 4: Erstatter von Verdachtsmeldungen

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verdachtsmeldungen (§ 11 GwG)	1.714	1.775	2.154	1.860	1.602	1.902	2.258	2.703	2.813	3.854
Kreditinstitute	1.364	1.457	1.745	1.483	1.344	1.723	2.045	2.396	2.419	3.321
private Geschäftsbanken	575	602	707	566	549	776	910	1.221	1.101	1.622
Sparkassen, Girozentralen	604	680	824	668	601	743	886	923	1.025	1.269
Genossenschaftsbanken	167	150	186	215	181	190	236	242	275	401
Deutsche Bundesbank	18	23	27	31	12	14	5	4	4	5
sonstige Kreditinstitute	-	2	1	3	1	-	8	6	14	24
Versicherungsunternehmen	15	12	10	18	12	14	22	32	26	29
Finanzdienstleistungsinstitute	323	303	392	340	235	152	178	257	333	424
Finanzunternehmen	-	1	4	11	2	-	4	2	8	12
Investmentaktiengesellschaft	-	-	-	1	-	-	-	1	-	-
Spielbanken	2	-	2	-	-	1	-	2	5	5
Behörden (§ 14 GwG)	-	-	-	-	-	-	-	1	2	2
andere Verpflichtete	10	2	1	7	9	12	9	12	20	61
sonstige Geldwäscheinweise	54	16	9	21	44	35	42	31	30	33
Privatpersonen	2	1	1	-	-	2	1	1	2	-
Finanzbehörden (§ 31b AO)	16	2	1	14	31	20	28	18	19	15
Bargeldkontrollen (§ 12a ZollVG)	18	12	7	7	7	8	12	10	5	14
Sonstige	18	1	-	-	6	5	1	2	4	4
Gesamthinweise Geldwäsche	1.768	1.791	2.163	1.881	1.646	1.937	2.300	2.734	2.843	3.887

- = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.

Tabelle 5: Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 4

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Rechtsanw älte	2	-	4	4	3	2	2
Rechtsbeistände	-	-	-	-	-	-	-
Notar	-	-	1	-	-	-	-
Patentanw älte	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsprüfer	-	1	-	-	-	-	3
vereidigter Buchprüfer	-	-	-	-	-	-	-
Steuerberater	-	-	1	-	-	-	-
Steuerbevollmächtigter	-	-	-	-	-	-	-
Immobilienmakler	-	2	-	2	-	-	2
sonstige Gew erbetreibende	5	5	4	2	9	18	51
Kammer	-	1	2	1	-	-	3
Gesamt	7	9	12	9	12	20	61

- = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

Anlage 2 Tabellen Vermögenssicherung

Tabelle 6: Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend €)
 (in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Polizeipräsidien	43.657	33.269	26.956	28.153	37.919	30.782	36.791	37.890	27.018	20.956
	x	(736)	(628)	(598)	(606)	(527)	(608)	(466)	(466)	(492)
Landratsbehörden	11.046	9.830	7.611	8.977	5.894	7.399	6.175	7.690	4.891	4.795
	x	(406)	(436)	(471)	(431)	(415)	(367)	(318)	(246)	(289)
Zwischensumme	54.703	43.100	34.567	37.130	43.812	38.181	42.966	45.580	31.909	25.752
	x	(1.142)	(1.064)	(1.069)	(1.037)	(942)	(975)	(784)	(712)	(781)
LKA NRW	5.420	2.587	10.420	5.463	3.354	5.447	4.115	4.472	5.148	16.595
	x	(3)	(14)	(7)	(8)	(21)	(19)	(15)	(28)	(44)
GESAMT	60.123	45.686	44.987	42.593	47.167	43.628	47.081	50.053	37.057	42.346
Land NRW	x	(1.145)	(1.078)	(1.076)	(1.045)	(963)	(994)	(799)	(740)	(825)
Sonderfälle	x	x	x	25.726	770	9.373	29.591	1.639	1.802	14.475
	x	x	x	(40)	(17)	(22)	(18)	(12)	(10)	(10)
Land NRW (einschl. Sonderfälle)	60.123	45.686	44.987	68.319	47.937	53.001	76.672	51.692	38.859	56.821
	x	(1.145)	(1.078)	(1.116)	(1.062)	(985)	(1.012)	(811)	(750)	(835)

x = Wert wurde nicht erhoben

Tabelle 7: Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend €)
 (in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Aachen	948 x	1.945 (31)	463 (39)	1.157 (32)	5.601 (32)	1.001 (28)	700 (27)	2.728 (30)	516 (39)	757 (35)
Bielefeld	1.746 x	1.379 (14)	848 (11)	702 (10)	930 (24)	673 (19)	1.117 (13)	797 (11)	631 (9)	1.325 (6)
Bochum	777 x	1.061 (19)	1.179 (11)	1.271 (16)	1.262 (21)	2.749 (25)	250 (14)	1.624 (11)	227 (12)	115 (21)
Bonn	1.100 x	1.153 (60)	2.158 (38)	1.658 (29)	1.169 (38)	2.231 (24)	2.220 (34)	1.108 (29)	1.127 (33)	179 (16)
Dortmund	4.347 x	3.258 (70)	1.192 (22)	3.917 (35)	4.606 (25)	2.189 (28)	2.085 (47)	1.050 (18)	1.638 (34)	1.404 (36)
Duisburg	1.464 x	1.224 (25)	499 (35)	632 (28)	7.191 (39)	2.319 (35)	457 (28)	816 (28)	1.028 (40)	1.015 (29)
Düsseldorf	7.276 x	3.949 (96)	2.476 (89)	3.612 (113)	546 (57)	1.263 (55)	1.445 (47)	2.377 (36)	396 (16)	2.833 (61)
Essen	6.540 x	2.127 (69)	4.963 (106)	2.895 (68)	3.885 (88)	2.016 (65)	16.401 (89)	1.903 (43)	2.946 (38)	3.949 (35)
Gelsenkirchen	567 x	114 (2)	616 (4)	109 (4)	241 (16)	4 (2)	839 (9)	757 (14)	1.075 (22)	354 (26)
Hagen	1.260 x	337 (14)	170 (16)	255 (22)	2.322 (11)	770 (18)	335 (25)	5.656 (16)	1.889 (16)	313 (24)
Hamm	339 x	400 (13)	838 (8)	488 (15)	394 (22)	41 (12)	190 (12)	123 (18)	55 (7)	2 (1)
Köln	5.378 x	6.079 (81)	4.600 (61)	4.288 (49)	4.300 (58)	7.625 (65)	5.336 (81)	10.972 (65)	12.425 (67)	1.781 (76)
Krefeld	4.325 x	1.460 (9)	2.343 (13)	672 (26)	122 (24)	550 (14)	431 (12)	784 (15)	365 (10)	100 (4)
Mönchengladbach	2.042 x	533 (77)	194 (40)	1.111 (43)	338 (35)	654 (34)	526 (44)	726 (24)	170 (12)	817 (26)
Münster	3.094 x	3.226 (30)	3.254 (30)	1.471 (35)	3.650 (36)	1.029 (16)	2.113 (24)	2.559 (32)	969 (26)	2.202 (21)
Oberhausen	114 x	166 (12)	423 (47)	149 (27)	410 (26)	1.795 (23)	208 (19)	248 (16)	45 (18)	193 (19)
Recklinghausen	1.833 x	2.804 (33)	972 (36)	760 (22)	718 (39)	2.378 (27)	549 (28)	2.140 (26)	657 (22)	2.786 (21)
Wuppertal	507 x	2.056 (81)	1.095 (58)	3.007 (24)	232 (15)	1.494 (37)	1.590 (55)	1.523 (34)	857 (45)	831 (35)
GESAMT	43.657 x	33.269 (736)	28.285 (664)	28.153 (598)	37.919 (606)	30.782 (527)	36.791 (608)	37.890 (466)	27.018 (466)	20.956 (492)

x = Wert wurde nicht erhoben

Tabelle 8: Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend €)
 (in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Borken	532	612	297	628	355	383	355	567	367	661
	x	(28)	(26)	(68)	(52)	(48)	(46)	(42)	(33)	(36)
Coesfeld	69	522	174	335	738	332	282	862	188	181
	x	(27)	(29)	(31)	(31)	(33)	(30)	(30)	(19)	(14)
Düren	193	198	21	137	8	117	61	51	113	152
	x	(6)	(8)	(12)	(7)	(12)	(13)	(13)	(18)	(23)
Ennepe-Ruhr	56	45	12	429	33	166	6	133	31	-
	x	(8)	(4)	(11)	(8)	(12)	(4)	(3)	(2)	-
Euskirchen	485	1	173	37	107	107	144	41	17	300
	x	(1)	(8)	(3)	(9)	(7)	(2)	(4)	(1)	(1)
Gütersloh	185	462	39	47	186	83	-	-	167	82
	x	(6)	(3)	(5)	(10)	(1)	-	-	(7)	(12)
Heinsberg	-	539	368	-	234	1.447	313	307	190	134
	x	(31)	(23)	-	(28)	(38)	(18)	(18)	(8)	(18)
Herford	157	241	15	49	86	48	4	25	58	161
	x	(27)	(16)	(14)	(17)	(11)	(4)	(12)	(15)	(5)
Hochsauerlandkreis	182	225	34	4	97	115	103	336	135	-
	x	(27)	(10)	(5)	(7)	(6)	(4)	(3)	(1)	-
Höxter	102	5	1	169	-	-	-	-	12	12
	x	(2)	(1)	(4)	-	-	-	-	(1)	(2)
Kleve	2.227	940	448	624	342	156	132	173	182	280
	x	(6)	(23)	(13)	(8)	(5)	(6)	(8)	(7)	(10)
Lippe	-	98	100	479	238	4	25	88	195	130
	x	(6)	(7)	(10)	(8)	(2)	(6)	(7)	(5)	(7)
Märkischer Kreis	291	658	101	209	248	502	234	132	86	61
	x	(10)	(13)	(19)	(9)	(13)	(19)	(15)	(10)	(6)
Mettmann	391	99	82	216	103	35	692	362	281	239
	x	(7)	(13)	(7)	(11)	(11)	(12)	(5)	(11)	(16)
Minden-Lübbecke	76	131	52	289	171	66	190	243	126	247
	x	(6)	(5)	(14)	(16)	(12)	(15)	(14)	(14)	(14)
Oberberg. Kreis	-	804	24	109	106	31	13	77	-	-
	x	(8)	(7)	(7)	(10)	(7)	(7)	(7)	-	-
Olpe	221	295	66	-	1	-	39	-	-	25
	x	(5)	(2)	-	(1)	-	(2)	-	-	(1)
Paderborn	102	122	94	299	296	107	365	643	51	122
	x	(12)	(18)	(22)	(22)	(21)	(20)	(17)	(10)	(9)
Rhein.-Berg. Kreis	177	56	-	247	128	308	345	578	139	90
	x	(5)	-	(13)	(13)	(9)	(22)	(12)	(8)	(8)
Rhein-Erft Kreis	567	251	1.341	823	627	1.369	327	185	470	432
	x	(21)	(49)	(40)	(35)	(41)	(24)	(13)	(20)	(31)
Rhein-Kreis Neuss	394	519	894	536	184	87	850	65	37	70
	x	(39)	(30)	(29)	(32)	(28)	(21)	(24)	(16)	(19)
Rhein-Sieg Kreis	1.160	59	49	1.636	120	48	61	5	-	1
	x	(10)	(9)	(27)	(7)	(6)	(7)	(1)	-	(1)
Siegen-Wittgenstein	1.615	483	284	41	195	418	498	235	234	26
	x	(20)	(10)	(4)	(10)	(9)	(8)	(8)	(7)	(4)
Soest	26	548	240	329	158	161	213	391	58	329
	x	(12)	(13)	(20)	(6)	(17)	(14)	(17)	(8)	(19)
Steinfurt	487	851	470	51	133	130	335	632	406	347
	x	(19)	(9)	(9)	(16)	(16)	(12)	(15)	(12)	(10)
Unna	196	224	266	85	244	33	166	1 319	204	208
	x	(11)	(11)	(5)	(5)	(7)	(12)	(5)	(6)	(10)
Viersen	239	587	346	353	201	336	70	84	520	46
	x	(24)	(6)	(21)	(11)	(7)	(5)	(4)	(1)	(5)
Warendorf	288	90	192	183	171	106	95	91	101	383
	x	(8)	(26)	(25)	(19)	(12)	(10)	(7)	(5)	(4)
Wesel	629	163	100	637	382	705	257	65	520	77
	x	(14)	(21)	(33)	(23)	(24)	(24)	(14)	(1)	(4)
GESAMT	11.046	9.830	6.282	8.977	5.894	7.399	6.175	7.690	4.891	4.795
	x	(406)	(400)	(471)	(431)	(415)	(367)	(318)	(246)	(289)

x = Wert wurde nicht erhoben; - = keine Sicherungen/Verfahren

Tabelle 9: Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend €)
 (in Klammern: Anzahl der Schuldner)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Betrug	32.172 (180)	13.722 (226)	12.424 (180)	9.298 (146)	21.196 (180)	16.069 (180)	11.424 (195)	14.651 (144)	11.700 (130)	18.605 (123)
BtmG	4.733 (436)	4.222 (517)	3.778 (493)	4.543 (494)	4.460 (497)	5.908 (452)	4.186 (431)	4.308 (362)	4.575 (323)	2.852 (340)
Diebstahl	6.893 (317)	4.596 (237)	6.075 (261)	2.857 (170)	3.948 (232)	6.383 (210)	3.632 (179)	2.827 (153)	2.896 (122)	5.546 (173)
Erpressung	984 (12)	873 (12)	2.766 (6)	277 (7)	3 (3)	119 (8)	90 (11)	60 (8)	258 (5)	446 (4)
Geldfälschung	18 (3)	30 (1)	41 (4)	5 (1)	45 (4)	34 (2)	4 (1)	34 (8)	- (-)	168 (1)
Geldwäsche	782 (7)	2.678 (26)	1.906 (18)	2.169 (19)	1.344 (12)	1.471 (19)	6.786 (28)	200 (14)	559 (15)	1.831 (19)
Hehlerei	1.771 (51)	3.426 (47)	1.487 (77)	4.582 (54)	1.336 (41)	1.389 (30)	1.916 (47)	1.451 (25)	4.707 (24)	2.404 (26)
Insolvenzdelikt	- (-)	1.282 (1)	8 (2)	28 (1)	37 (1)	197 (4)	19 (1)	5.671 (2)	240 (3)	238 (2)
Korruption	712 (3)	692 (8)	1.302 (6)	217 (5)	119 (2)	1.351 (18)	1.260 (11)	1.099 (8)	312 (1)	787 (2)
Menschenhandel	155 (6)	249 (2)	205 (10)	1.681 (13)	51 (8)	6 (2)	145 (7)	19 (1)	215 (3)	32 (2)
OWiG	- (-)	22 (2)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	2 (1)	- (-)	- (-)	- (-)
Raub	1.955 (40)	1.617 (34)	125 (18)	276 (23)	154 (17)	1.109 (32)	401 (34)	382 (18)	677 (24)	251 (20)
Staatschutzdelikt	- (-)	1 (1)	25 (1)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	49 (1)
Steuerdelikt	1.262 (3)	3.935 (35)	496 (5)	1.295 (6)	1.989 (16)	689 (10)	2.233 (12)	4.184 (27)	218 (6)	1.456 (6)
Tötungsdelikt	25 (1)	- (-)	4 (2)	4 (2)	6 (1)	- (1)	114 (2)	6 (1)	40 (3)	- (-)
Umweltdelikt	- (-)	4 (1)	- (-)	1.169 (2)	428 (3)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)
Unerlaubtes Glücksspiel	213 (10)	1.221 (20)	1.857 (19)	3.670 (42)	195 (15)	96 (16)	8.176 (69)	360 (17)	2 (2)	84 (4)
Unterschlagung	717 (40)	1.536 (48)	1.883 (54)	742 (50)	4.810 (51)	2.790 (45)	1.737 (25)	1.808 (36)	433 (11)	1.116 (23)
Untreue	2.549 (18)	2.244 (27)	7.529 (42)	8.238 (30)	5.887 (38)	4.392 (27)	4.637 (25)	11.688 (24)	9.433 (10)	4.462 (19)
Urkundendelikt	2 (2)	1 099 (11)	- (-)	8 (2)	16 (2)	378 (5)	27 (3)	- (-)	4 (2)	862 (2)
Verbreitung Pornographie	40 (48)	44 (57)	19 (25)	36 (60)	30 (45)	39 (56)	32 (52)	22 (36)	- (-)	- (-)
WaffenG	6 (2)	3 (1)	1 (2)	4 (2)	143 (7)	1 (1)	11 (1)	2 (2)	- (-)	514 (2)
Zuhälterei	- (-)	- (-)	23 (1)	62 (6)	38 (1)	- (-)	1 (1)	7 (1)	- (-)	- (-)
Sonstige	5.134 (64)	2.191 (54)	3.013 (70)	1.418 (58)	921 (32)	1.170 (27)	248 (18)	740 (29)	501 (37)	388 (27)
Polizeirecht	- (-)	- (-)	22 (1)	12 (1)	11 (1)	35 (2)	- (-)	534 (23)	285 (20)	256 (25)
Gesamt	60.123 (1.243)	45.687 (1.368)	44.989 (1.297)	42.593 (1.194)	47.167 (1.209)	43.628 (1.147)	47.081 (1.154)	50.053 (939)	37.057 (741)	42.346 (821)

- = keine Sicherungen/Schuldner

Tabelle 10: Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend €)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Verfall	10.967	10.902	10.948	14.217	7.452	8.661	15.089	7.542	6.003	7.941
Einziehung	664	2.472	1.643	2.442	1.927	2.277	1.063	663	807	1.376
Gesamt Verfall / Einziehung	11.632	13.374	12.591	16.660	9.378	10.938	16.152	8.205	6.810	9.317
Finanzamt	7.034	1.470	1.353	743	695	608	2.003	2.323	2.112	3
sonst. staatl. Einrichtungen	416	3.908	1.920	855	2.052	3.879	1.284	9.290	381	1.663
Private	41.042	26.934	29.101	24.324	35.003	28.146	27.356	29.701	27.468	31.107
Gesamt Rück- gewinnungshilfe	48.491	32.313	32.374	25.921	37.750	32.633	30.642	41.314	29.961	32.774
Polizeirecht	-	-	22	12	39	57	287	534	285	256
GESAMT	60.123	45.686	44.987	42.593	47.167	43.628	47.081	50.053	37.057	42.346

- = keine Sicherungen

Tabelle 11: Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend €)

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Bargeld	5.241	6.884	4.683	4.864	9.943	4.035	8.330	6.181	5.315	5.800
Bew egliche Sachen (ohne Bargeld)	15.895	17.509	17.285	14.131	17.837	14.677	9.866	13.757	11.136	11.739
Forderungen und sonstige Vermögensrechte	22.001	12.024	14.318	11.884	11.843	11.425	10.992	10.830	10.744	18.537
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	16.986	9.269	8.701	11.715	7.543	13.491	17.893	19.284	9.863	6.272
GESAMT	60.123	45.686	44.987	42.593	47.167	43.628	47.081	50.053	37.057	42.346

Tabelle 12: Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend €)¹²

	Sicherungen		Sonderfälle		Gesamt	
	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren
Aachen	757	35	-	-	757	35
Bielefeld	1.325	6	220	1	1.545	7
Bochum	115	21	-	-	115	21
Bonn	179	16	-	-	179	16
Borken	661	36	-	-	661	36
Coesfeld	181	14	-	-	181	14
Dortmund	1.404	36	-	-	1.404	36
Duisburg	1.015	29	-	-	1.015	29
Düren	152	23	-	-	152	23
Düsseldorf	2.833	61	-	-	2.833	61
Ennepe-Ruhr	-	-	-	-	-	-
Essen	3.949	35	-	-	3.949	35
Euskirchen	300	1	-	-	300	1
Gelsenkirchen	354	26	-	-	354	26
Gütersloh	82	12	-	-	82	12
Hagen	313	24	-	-	313	24
Hamm	2	1	-	-	2	1
Heinsberg	134	18	-	-	134	18
Herford	161	5	-	-	161	5
Hochsauerlandkreis	-	-	-	-	-	-
Höxter	12	2	-	-	12	2
Kleve	280	10	-	-	280	10
Köln	1.781	76	14.205	5	15.986	81
Krefeld	100	4	-	-	100	4
LKA NRW	16.595	44	-	-	16.595	44
Lippe	130	7	25	1	155	8
Märkischer Kreis	61	6	-	-	61	6
Mettmann	239	16	-	-	239	16
Minden-Lübbecke	247	14	-	-	247	14
Mönchengladbach	817	26	-	-	817	26
Münster	2.202	21	-	-	2.202	21
Oberbergischer Kreis	-	-	-	-	-	-
Oberhausen	193	19	-	-	193	19
Olpe	25	1	-	-	25	1
Paderborn	122	9	24	3	146	12
Recklinghausen	2.786	21	-	-	2.786	21
Rheinisch-Berg. Kreis	90	8	-	-	90	8
Rhein-Erft Kreis	432	31	-	-	432	31
Rhein-Kreis Neuss	70	19	-	-	70	19
Rhein-Sieg Kreis	1	1	-	-	1	1
Siegen-Wittgenstein	26	4	-	-	26	4
Soest	329	19	-	-	329	19
Steinfurt	347	10	-	-	347	10
Unna	208	10	-	-	208	10
Viersen	46	5	-	-	46	5
Warendorf	383	4	-	-	383	4
Wesel	77	4	-	-	77	4
Wuppertal	831	35	-	-	831	35
GESAMT	42.346	825	14.475	10	56.821	835

¹² Sonderfall: Sachverhalte, in denen Vermögensermittlungen durch die Finanzermittler der Polizei NRW durchgeführt werden, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (z.B. Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgt.

Anlage 3 Sachverhaltsdarstellungen

Verdacht des Umsatzsteuerbetruges

Ein Kreditinstitut meldete eine niederländische Kundin und ihren deutschen Ehemann, die Geldtransaktionen im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Gold durchführten. Sie handelten nach Angaben der Bank Goldbarren (bis zu sieben Kilogramm) und Krügerrand-Münzen (190 Stück).

Erste Ermittlungen begründeten den Verdacht der banden- und gewerbsmäßigen Umsatzsteuerhinterziehung. Die Beschuldigten beschafften sich unter anderem Altschmuck, Zahngold von Privatleuten sowie nach § 25c Umsatzsteuergesetz (UstG) umsatzsteuerfreies Anlagegold bei Banken oder Großhändlern im In- und Ausland.

Im Anschluss erfolgte der Verkauf des zuvor in der Regel „schwarz“ gehandelten Edelmetalls über ein steuerlich und handelsrechtlich offiziell geführtes Unternehmen an Gold- und Silberscheideanstalten.

Die von den Scheideanstalten überwiesenen Erlöse hoben die Täter zeitnah in bar ab. Die fällige Umsatzsteuer enthielten sie dem Fiskus vor.

Als (Schein-) Rechnungssteller traten häufig Personen aus dem Bekanntenkreis auf, die meist branchenfremde, gewerblich bislang nicht tätige, einkommens- und vermögenslose Personen waren.

Verdachtskriterien

- Ankauf größerer Mengen Gold
- Geldeingänge von Scheideanstalten
- eingehende Gelder werden zeitnah in bar verfügt
- keine geschäftstypischen Umsätze (insbesondere fehlende Steuerzahlungen)

Verdacht des Betruges

Ein Kreditinstitut teilte mit, dass eine Kundin im Herbst 2012 ein Geschäftskonto für eine Firma aus dem Medienbereich eröffnete. Seit dem Frühjahr 2013 gingen auf diesem Konto regelmäßig Gutschriften zwischen 100,- € und 300,- € ein, die sie in bar verfügte. Im weiteren Verlauf des Verfahrens stellten verschiedene Staatsanwaltschaften Auskunftersuchen zu der Kontoinhaberin. Die Ermittlungen ergaben, dass die zuvor genannte Firma offenbar Schreiben versandte, in denen sie aufforderte, Mitglied in der „Aktion Privatsphäre“ zu werden. Gegen die Zahlung eines bestimmten Betrages sollten die Namen der Mitglieder aus einer Gewinnspielliste entfernt werden, was tatsächlich aber nicht geschah. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf führte hierzu ein Verfahren mit mehreren hundert Geschädigten.

Verdachtskriterien

- Eingang einer Vielzahl „kleinerer“ Gutschriften von unterschiedlichen Personen
- umgehende Barverfügung der Eingänge
- Verwendungszweck der Umsätze

Verdacht der Erpressung

Zwei Kreditinstitute erstatteten jeweils eine Verdachtsmeldung zu einer Kundin, die im Sommer 2012 ein Konto eröffnete und angab, als Modedesignerin zu arbeiten. Die Kundin fiel durch Bareinzahlungen, eingehende Auslandsgutschriften sowie diverse Umbuchungen auf. Eine direkte Kontaktaufnahme mit der Kundin war für die Kreditinstitute nur schwer möglich. Selbst eine Einzahlung im hohen sechsstelligen Bereich nutzte sie nicht, um sich über Sonderkonditionen zu informieren. Die anzeigenden Kreditinstitute zweifelten aufgrund des Kundenverhaltens daran, dass die bei der Eröffnung der Konten erhobenen Angaben zur Identität der Kundin und zur geplanten Nutzung der Konten zutreffend waren.

Die Ermittlungen zur Person ergaben zunächst, dass diese offenbar seit 14 Jahren ihren Aufenthaltsort verschleierte. An allen Anschriften, die sie den jeweiligen Kreditinstituten mitgeteilt hatte, hatte sie tatsächlich nie gewohnt. Die von ihr genutzte Telefonnummer war auf eine nicht existente Person an einer nicht existenten Anschrift angemeldet.

Im weiteren Verlauf des Verfahrens ermittelten die Strafverfolgungsbehörden den tatsächlichen Aufenthaltsort der Beschuldigten. Im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen stellten die Ermittler schließlich fest, dass sie seit vielen Jahren als Domina tätig war. Die Beschuldigte steht im Verdacht, seit über einem Jahrzehnt von ihren Kunden erhebliche Geldbeträge mit der Drohung erpresst zu haben, deren sexuelle Vorlieben zu veröffentlichen.

Verdachtskriterien

- hohe Bareinzahlungen mit anschließenden Umbuchungen
- hohe Auslandsgutschriften mit anschließenden Umbuchungen
- Zahlungen lassen sich nicht erklären
- Kundenkontakt ist nur schwer herstellbar/Kundin verweigert Kontakt

Verdacht des Betruges

Ein Kreditinstitut meldete ein im Februar 2013 eröffnetes Geschäftsgirokonto mit erheblichen Umsätzen im sechsstelligen Bereich, die aus Gutschriften von Privatpersonen resultierten. Der Geschäftszweck bestand im An- und Verkauf von Industriegütern und –beteiligungen. Internetrecherchen des Kreditinstitutes zu den angegebenen Verwendungszwecken ergaben einen Bezug zu Finanzanlageprodukten und Aktienhandel. Die eingehenden Gelder überwies der Kontoinhaber an Empfänger in den Niederlanden und der Türkei.

Bei den kriminalpolizeilichen Ermittlungen zu den handelnden Personen und beteiligten Firmen stellte sich heraus, dass die Täter betrügerisch Aktien erlangt hatten und mit diesen handelten.

Verdachtskriterien

- Höhe der Geldeingänge von Privatpersonen passt nicht zum Geschäftszweck
- umgehende Weiterleitung der Eingänge ins Ausland (hier: Niederlande und Türkei)
- Geschäftszweck und Verwendungszwecke passen nicht zusammen
- Internetrecherchen begründen Zweifel an den Angaben des Kunden

Verdacht des Betruges

Im Sommer 2013 teilte ein Kreditinstitut mit, dass ein verwitweter Rentner innerhalb von zwei Wochen in sechs Tranchen 45.000,- € an verschiedene Personen in der Türkei transferierte. Auf Nachfrage der Bank erklärte der Kunde, er habe vor vier Jahren in der Türkei ein Auto gewonnen. Jetzt sei man mit ihm in Kontakt getreten, um den Gewinn zu übergeben. Die Gelder habe er für Gebühren wie Einfuhrzölle, türkische Steuern und Transportkosten bezahlt.

Die Ermittlungen ergaben, dass die Täter den Geschädigten im Jahr 2010 telefonisch kontaktiert hatten, um ihn über den vermeintlichen Gewinn eines Pkw zu informieren. Nach einer Zahlung von rund 4.500,- € sei aber damals nichts geschehen. Die Täter kontaktierten den Geschädigten im Jahr 2013 erneut und schafften es, dass er die angezeigten Transaktionen über 45.000,- € veranlasste.

Verdachtskriterien

- ungewöhnliche Auslandsüberweisungen
- Umsätze passen nicht zum bisherigen Kundenprofil
- ungewöhnliche Angaben des Kunden

Verdacht des Betruges und des Menschenhandels

Auf Grundlage von fünf Verdachtsmeldungen unterschiedlicher Kreditinstitute führte das LKA NRW ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Menschenhandels, der Zuhälterei und des gewerbsmäßigen Betruges. Die Beschuldigten investierten die durch Straftaten erlangten Gelder in den Kauf sogenannter „Schrottimmobilien“, die aufgrund schlechter Lage oder hohen Renovierungsbedarfs nur schwer

auf dem Immobilienmarkt zu vermitteln waren. Sie erweckten durch lediglich oberflächlich durchgeführte Renovierungsmaßnahmen den Eindruck einer nachhaltigen Wertsteigerung.

Im Anschluss verkauften sie die Wohnobjekte an Strohleute, die dafür von den Banken überhöhte Kredite auf der Grundlage gefälschter Mietverträge, manipulierter Verkehrswertgutachten sowie manipulierter Bonitäts- und Eigenkapitalnachweise erlangten. Eine Prüfung der vorgelegten Unterlagen durch die Kreditinstitute erfolgte nicht in ausreichendem Maße.

Die ausgezahlten, überhöhten Darlehenssummen flossen letztlich in Form von KickBack-Zahlungen von den Strohleuten in großen Teilen den Tätern wieder zu.

Verdachtskriterien

- Bareinzahlungen auf Privatkonten im Zusammenhang mit einer Immobilienfinanzierungsanfrage
- Eröffnung von „Strohmannkonten“ durch Dritte in Begleitung der Beschuldigten
- Bonitätsnachweis bei Immobilienfinanzierungen durch neu eröffnete Konten
- Geldverschiebungen nach vorangegangener Bareinzahlung zwischen eigenen und Strohmannkonten im Zusammenhang mit Anträgen zu Immobilienfinanzierungen

Verdacht der Geldwäsche und des Betruges

Ein Kreditinstitut erstattete mehrere Verdachtsmeldungen zu Personen, die offenbar als sogenannte Finanzagenten tätig waren. Auf bis dahin unauffälligen Konten gingen hohe Bargeldbeträge ein, die die Konteninhaber zum überwiegenden Teil in bar verfügten.

Die Ermittlungen führten zu einem laufenden Strafverfahren wegen des Verdachts des Ausspähens von Daten, des Betruges und der Geldwäsche im Zusammenhang mit Phishing. Die in diesem Verfahren Geschädigten verfügten alle über Konten mit Online-Zugang. Die Autorisierung von Überweisungen erfolgte über das mTAN-Verfahren. Dabei wird vor jeder Überweisung eine Transaktionsnummer angefordert, die das Kreditinstitut auf das Handy des Kunden übermittelt. In diesen Vorgang griffen die Täter ein. Sie bestellten für die entsprechenden Rufnummern bei den jeweiligen Providern eine weitere SIM-Karte. Im Anschluss änderten sie die Priorisierung des SMS-Eingangs, so dass für einen begrenzten Zeitraum alle SMS auf die in Täterkreisen befindlichen SIM-Karten eingingen. Dies galt auch für die mTANs, die zur Durchführung der illegalen Transaktionen notwendig waren. Die Gelder gingen dann auf den Konten der angeworbenen Finanzagenten ein, die Gegenstand der Verdachtsmeldungen waren. Die Hintermänner übten auf die Finanzagenten vor Ort Druck aus, instruierten diese persönlich über die Vorgehensweise bei der Barabhebung und ließen sich die Gelder anschließend übergeben.

Die Schadenssummen erreichten bei einzelnen Geschädigten einen Betrag in einem sechsstelligen Bereich.

Verdachtskriterien

- plötzlich auftretende hohe Umsätze
- unmittelbare Barverfügungen
- Umsätze passen nicht zum bisherigen Kundenprofil
- Kunde wird bei Barverfügung auf Nachfragen unsicher/Sätze wirken wie auswendig gelernt

Verdacht des Betruges, der Steuerhinterziehung sowie des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt

Das LKA NRW hat zu dem Phänomen der Strohmannfirmen im Baugewerbe einen Arbeitskreis eingerichtet. Dieser erarbeitete für die Kreditwirtschaft einen Katalog mit Verdachtskriterien zur Erkennung derartiger Strukturen. Die Indikatoren führten zu acht Verdachtsmeldungen, welche die Ausgangslage für ein Strafverfahren gegen rund 100 Beschuldigte bildeten. Die Ermittlungen erhellten die Strukturen diverser Firmen und beteiligter Personen, die sich zum Zweck des Kettenbetrugs im Gerüstbaugewerbe zu einer Bande zusammengeschlossen hatten.

Der Hauptbeschuldigte schloss Werkverträge mit seinen Geschäftspartnern ab und wies die für ihn tätigen Arbeitnehmer an, die vertraglich vereinbarten Gerüstbauleistungen zu erbringen. Die auf den Baustellen arbeitenden Gerüstbauer meldete er nicht oder nur als geringfügig Beschäftigte beim zuständigen Sozialversicherungsträger an. Teilweise erfolgte die Anmeldung der Arbeitnehmer auf andere Firmen, um die Rolle des tatsächlichen Arbeitgebers zu verbergen. Durch die Verschleierung der wahren Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen bzw. des tatsächlichen Beschäftigungsumfanges hinterzogen die Beschuldigten Lohnsteuer und Sozialabgaben von etwa 11 Mill. €.

Zudem installierten die Beschuldigten ein Geflecht von Strohmannfirmen mit eigenen Geschäftskonten.¹³ Diese Firmen zeichneten sich durch eine kurzfristige Lebensdauer, permanente Umfirmierung und den regelmäßigen Austausch von Strohleuten aus. Über diese Firmengeflechte erstellten sie Rechnungen angeblich erbrachter Subunternehmerleistungen. Solche Scheinrechnungen nutzten die handelnden Personen für die eigene Buchhaltung und minderten dadurch den zu versteuernden Gewinn ihres Unternehmens. Über die in den Scheinrechnungen ausgewiesene Umsatzsteuer ließ sich weiterhin zu Unrecht eine Vorsteuererstattung geltend machen. Gleichzeitig kamen auch die Strohmannfirmen ihren abgaberechtlichen Pflichten nur zum Teil oder gar nicht nach, so dass auch dort erhebliche (Umsatz-) Steuerschäden sowie Schäden zum Nachteil der Sozialversicherungen eintraten.

Strohleute hoben die an die Strohmannfirmen überwiesenen Gelder in bar ab und schleusten diese an den Hauptbeschuldigten zurück. Einen Teil verwendete er dafür, Gerüstbauer zu bezahlen sowie Mitarbeiter der Auftragsfirmen zu bestechen. Den restlichen Betrag behielt er für sich ein, ohne die Gelder steuerlich zu erklären.

Mit Abschluss der verdeckten Phase vollstreckten die Ermittler über 100 Durchsuchungsbeschlüsse und nahmen 14 Personen fest.

Im Rahmen der begleitenden Finanzermittlungen sicherten sie Vermögenswerte in Höhe von 2,45 Mill. €.

Verdachtskriterien

- Gutschriften werden zeitnah bar verfügt
- Habenumsatz resultiert aus Gutschriften eines einzelnen Auftraggebers
- Auftraggeber dieser Gutschriften ist gleichzeitig Arbeitgeber des Verfügungsberechtigten
- für einen Betrieb aus der Gerüstbaubranche untypische hohe Bargeldhaltung
- Umsätze für einen kleingewerblichen Kunden sehr hoch
- nach kurzer Zeit hohe Umsätze auf Konten vermeidlich neu gegründeter Firmen
- hohe Anzahl an Umsätzen durch Scheckeinreichungen
- gewerbliche Umsätze über private Guthabenkonten
- Habenumsätze von Privatkonten in keinem Verhältnis zu Habenumsätzen des Geschäftskontos
- Fehlen der für einen Gewerbebetrieb üblichen Umsätze (Strom, Miete, Telefon, Sozialabgaben)
- Fehlen der üblichen Umsätze auf dem Gegenkonto
- Parallelen zu früheren Verdachtsanzeigen zu gleichem Inhaber/Geschäftsführer von Gerüstbaufirmen
- keine Antwort auf Nachfragen der Kundenberater/geforderte Unterlagen werden nicht eingereicht

¹³ Diese Firmen werden auch als Schein- oder Servicefirmen bezeichnet.

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Abteilung 1
Dezernat 13 - Finanzermittlungen
Sachgebiet 13.4

Redaktion: KHK Thomas Velten
Telefon: (0211) 939-1341 oder Polizeinetz 07-224-1341
Telefax: (0211) 939-19-1341 oder Polizeinetz 07-224-19-1341

33-sg134.LKA@polizei.nrw.de

Impressum

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 939-0
Telefax: (0211) 939-4119

landeskriminalamt.poststelle@polizei.nrw.de
www.lka.nrw.de

